

Haushaltsrede **DIE LINKE**. Main-Taunus

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Herr Vorsitzender, meine Herren, meine Damen,

auch diesmal gilt:

Insgesamt ist dieser Haushalt nicht geeignet, die soziale Schieflage in unserem Kreis zu beseitigen, sondern eher, sie zu verstärken.

Vieles, was wünschenswert wäre, ist nicht umsetzbar, nicht, weil es am Geld fehlt, sondern weil **zu wenig Personal** vorhanden ist.

Die Personalknappheit betrifft seit Jahren insbesondere folgende Bereiche:

Arbeit u. Soziales, Jugend und Schulen, Gesundheitspflege

„Die Unzufriedenheit ist groß und Corona war hier ein Verstärker. Die **Fluktuation** in der Kreisverwaltung ist deutlich höher als normal“, sagte der PR-Vorsitzende im letzten Jahr. Das war ein Alarmzeichen und deutete darauf hin, dass es mit der Personalführung im Landratsamt nicht zum Besten bestellt ist. Seit Jahren sind viele Stellen in den vorgenannten Bereichen unbesetzt, u.a. auch Leitungsstellen. Wie sich aus den Berichten zum HH-Vollzug ergibt, leiden die Bewältigung der Arbeit und das Beratungsangebot an die Bevölkerung stark unter diesem Personalmangel – und natürlich auch die verbliebenen und überlasteten Mitarbeitenden.

Ein Grund für den Personalmangel dürfte die zu niedrige **Vergütung** nach den Tarifen des Öffentlichen Dienstes sein. Hier muss daher verstärkt über Höhergruppierungen und Zulagen nachgedacht werden. Aber wir fordern auch **Initiativen auf Landes- und Bundesebene** durch den Kreisausschuss zur Anpassung der Tarife an die Lebenswirklichkeit.

Ein anderer Grund dürfte in der teilweise **wenig wertschätzenden, sondern eher abschätzigen Behandlung des Personals** bestehen, so, wie im Falle der Beschäftigten im Empfang bzw. in der Telefonzentrale der Klinik in Bad Soden.

Deshalb soll mit externer Unterstützung und unter Einbeziehung des Personalrats und aller Beschäftigten der betroffenen Abteilungen ein gemeinsamer Prozess angestoßen werden, der nach Wegen sucht, das Arbeitsumfeld für neue wie gestandene Kolleginnen und Kollegen attraktiver zu gestalten.

Andererseits will sich der Kreis wieder ein **4. Hauptamtliches** KA-Mitglied leisten. - Die reinen Personalkosten hierfür betragen **144.000 € pro Jahr**, die hinzukommenden Kosten für Büroausstattung, Dienstfahrzeug, Vorzimmer-Personal usw. wollte der Landrat gar nicht erst bekannt geben, die **Gesamtkosten** dürften bei **200.000 €** liegen. - Und das bei einem hoch defizitären Haushalt!

Außer mit mehr Personal an der richtigen Stelle ist vieles auch nur mit ausreichendem Problembewusstsein bei den Verantwortlichen und politischem Willen, an dem es aber offenbar fehlt, erreichbar.

Zum **Verkehr** sagte der LR kürzlich: wichtige Verkehrsprojekte sind: die RTW, die RB 12 und die Wallauer Spange."

Dass die Taktverstärkung auf der RB 12 endlich angegangen wird, begrüßen wir sehr, aber die Verkehrs-Probleme innerhalb des MTK werden weder durch die millionenteure **RTW**, noch durch den **Haltepunkt Wallauer Spange** gelöst. Die RTW, die gut gemeint, aber schlecht geplant wurde, bringt keine Verbesserung für die Verbindungen zwischen den Gemeinden des MTK. Auch der Haltepunkt Wallauer Spange löst dieses drängendste Problem im MTK nicht.

Unser Problem sind vor allem die **fehlenden Querverbindungen** schon "unter der Woche" tagsüber, aber erst recht abends und an den Wochenenden/Feiertagen. Wer jemals zu diesen Zeiten versucht hat, mit dem ÖPNV von Eppstein oder von Kelkheim nach Bad Soden und zurück, zu kommen, um nur einige Beispiele zu nennen, der/die weiß, wovon ich rede. Fahrzeiten von über einer Stunde für Entfernungen von 10 bis 20 km Luftlinie, Verbindungen entweder über Frankfurt-Höchst oder über Königstein und Tarife für Einzelfahrten bis zu 5,20 € (PS 4) sind nicht gerade attraktiv. Und da sind wir schon beim zweiten ungelösten Problem: den **RMV-Tarifen**. Durch die im MTK erzwungenen Umwegfahrten über F-Höchst oder F-Hbf. wirken sich die im bundesvergleich schon sehr hohen Tarife im MTK noch verschärfend aus – jedenfalls für alle, die kein Landes-, Schüler-, Studenten-, Senioren- oder Premium-Jobticket haben, also auch für Menschen im Sozialleistungsbezug. Eine **Jahreskarte der PS 4** (für Fahrten über Frankfurt, sofern man nicht in Eschborn, Kriftel oder Hattersheim wohnt) kostet künftig **1.446,00 €**.

Trotzdem hat die Koalition angesichts dieser Situation den Bedarf für ein **Sozialticket** immer noch nicht verstanden, die soziale Schieflage gegenüber Inhabern von Landes- oder Premium-Jobtickets auch nicht. Verhandlungen oder Gespräche mit RMV und RP haben jedenfalls offensichtlich trotz der Verankerung des Vorhabens im Koalitionsvertrag noch nicht stattgefunden.

Es gäbe aber auch **zwei Verbesserungsmöglichkeiten** für den MTK, die allen ÖPNV-Nutzenden zugutekämen: entweder die **Bus-Querverbindungen ausbauen** oder einen "MTK-Tarif" einführen, der auch Umwegfahrten mit der Bahn über Frankfurt in die PS 2 einschließt. Leider geschieht weder das Eine, noch das Andere. Dafür wird kein Geld bereitgestellt.

Auch **Anschlussbusse** an die nächtlichen S- und Regionalbahnen halten Verkehrsdezernent und KT-Mehrheit für überflüssig, weil sie offenbar fälschlich davon ausgehen, diese würden nur von Party-Gängern benötigt. Dass es viele Menschen gerade auch im Krankenhaus- und Pflegebereich gibt, die **im Schichtdienst** arbeiten und werk- wie sonn- und feiertags zwischen 20 und 6 Uhr auf dem Weg von und zur Arbeit sind, scheint vielen hier in diesem Hause nicht bewusst zu sein.

Dass die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze gar nicht oder nur schlecht mit dem ÖPNV erreichen und daher auf den motorisierten Individualverkehr ausweichen müssen, ist weder ökologisch im Hinblick auf die erforderliche Verkehrswende hinnehmbar, noch angesichts der damit verbundenen Mobilitätskosten für die Beschäftigten. **Ein Ausbau des ÖPNV, gerade des Busverkehrs während der Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen**, der die Nutzung eines Jobtickets für die Wege zur und von der Arbeit erst sinnvoll ermöglicht, brächte den Beschäftigten daher eine spürbare finanzielle Entlastung, allen Menschen im MTK bessere Möglichkeiten, **auch ohne Auto mobil** zu sein – und wäre damit auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Daher wurde er bereits im Klimaschutzkonzept von 2015 angestrebt (auf dessen Fortschreibung wir übrigens bis heute warten).

Waffenkontrollen sind auch für 2022 – und das in Zeiten, in denen Reichsbürger und Corona-Leugner nicht nur verbal aufrüsten, sondern immer militanter auftreten – **viel zu selten** geplant.

Völlig abgeblockt wird seit Monaten die **Ausstattung der öffentlichen Schulen mit Luftfiltern**, sofern dort noch keine modernen Belüftungsanlagen eingebaut wurden. In diesem Bereich zählt offenbar der Elternwille nichts und das Kindeswohl und die Gesundheit der Lehrkräfte nicht viel. Der Nutzen von Luftfiltern auch außerhalb von Pandemie-Zeiten ist in der Fachwelt unbestritten. Warum werden sie dann trotz Fördergeldern nicht angeschafft? Nur aus Kostengründen oder nur, weil die Opposition in diesem Hause das wiederholt beantragt hat?

Vom **"wahren Leben" von Sozialleistungsempfängern und wohnungssuchenden Familien** mit geringem bis mittlerem Einkommen hat unser Kreisausschuss und insbesondere der Sozialdezernent offenbar keine

Vorstellung.

Nicht nur, dass er der Meinung ist, es genüge doch, wenn solche Menschen allenfalls einmal pro Woche eine Fahrt mit dem ÖPNV in die nächste größere Stadt unternehmen könnten, obwohl viele dieser Menschen geringfügige Beschäftigungen ausüben oder "Aufstocker" in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen sind, nein, er ignoriert auch die Mietpreise im MTK – und sogar bis heute eine Entscheidung des Bundessozialgerichts bereits aus dem Jahr 2009. Der KA weigert sich nämlich, die Erstattungsbeträge im Rahmen der **Kosten der Unterkunft** anzuheben und an die Realität anzupassen, ein sog. "schlüssiges Konzept" zur Höhe der angemessenen Mietkosten zu erstellen. Die nunmehr verfügte Erhöhung der Mieterstattungen um 50 Cent/qm auf 8,50 € für Alleinstehende und 8,00 € für Mehrpersonen-Haushalte geht an der Lebenswirklichkeit im MTK vorbei. Nach Berechnungen des Kommunalen Jobcenters aus dem September 2021 könnten mit einer **Anpassung auf 10 bzw. 9,50 Euro pro Quadratmeter** weitere **1.000 Bedarfsgemeinschaften** aus der Zuzahlung für Miete aus ihrer Grundsicherung befreit werden. Der Kreisausschuss beziffert die Mehrbelastung hierdurch mit **170.000 €**.

Für viele Menschen im MTK, die nicht zu den TOP-Verdienenden gehören, ist **bezahlbarer Wohnraum** im MTK knapp. Hier kann sich der Kreis nicht weiterhin mit der Begründung aus der Verantwortung stehlen, für Bauleitplanung und Wohnungsbau sei er nicht zuständig, und sich auf das Beratungsangebot des Wohnungsbau-Koordinators beschränken! Der Kreis kann sehr wohl, z.B. über die **GSIM**, Wohnungsbau in den kreisangehörigen Gemeinden betreiben. Auch die GSIM kann hier als Käufer oder Erbpächter auftreten, um preisgedämpften Wohnungsbau zu schaffen. Derzeit bietet sich z.B. gerade in Hofheim mit dem Baugebiet "Römerwiesen" eine geeignete Fläche hierfür an.

Wer bis auf einen **alle 39 Änderungsanträge der Opposition kommentarlos ablehnt und wer bereit ist, zur Schaffung von Posten für seine Partei- bzw. Koalitionsfreunde (oder -freundinnen) jährlich mehr auszugeben als für angemessene Unterkunftskosten für 1.000 Bedarfsgemeinschaften, der kann nicht mit Zustimmung der LINKEN zu seinem Haushaltsplan rechnen.**

Barbara Grassel
13.12.2021